

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA / 1 9 7 8  
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 177. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 18. April 1978  
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Molygoni  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth  
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Avv. Anselmo Gouthier (entsch.)  
Abwesende ABGEORDNETE: Rag. Valentino Pasqualin (unentsch.)  
Alfons Rigott (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung der Tagesordnung fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.50 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle der 175. und 176. Sitzung vom 11. bzw. 12. April 1978, schreitet man zur Behandlung der noch verbleibenden Punkte der Tagesordnung vom 7. März bzw. 13. März 1978. Weiters wurden folgende Tagesordnungspunkte hinzugefügt:

12. Landesgesetzentwurf Nr. 274/78: "Neue Ausgabengenehmigungen für das Finanzjahr 1978 und für die folgenden Jahre".
13. Landesgesetzentwurf Nr. 273/78: "Übergangsbestimmungen im Sachbereich Wildschutz und Jagd".
14. Landesgesetzentwurf Nr. 260/78: "Regelung der künstlichen Besamung der Tiere".
15. Landesgesetzentwurf Nr. 262/78: "Einführung von Lehrgängen zur beruflichen Ausbildung der Alten- und Familienhelfer".
16. Landesgesetzentwurf Nr. 265/78: "Gewährung von Beiträgen an Gemeinden für die Errichtung öffentlicher oder halböffentlicher Fernsprechstellen in Fraktionen oder abgelegenen Weilern".
17. Beschlußantrag Nr. 38/78, eingebracht durch die Abgeordneten Dr. Luis Durnwalder, Maria Bertolini und Mathias Ladurner-Parthanes, am 13.3.1978, betreffend die EG-Richtlinien Nr. 159 über die strukturellen Verbesserungen der Landwirtschaft.
18. Beschlußantrag Nr. 39/78, eingebracht durch die Abgeordneten Frau Rosa Franzelin-Werth und Dr. Erich Achmüller, am 15.3.1978, betreffend die Wohnbaugenossenschaften.
19. Beschlußantrag Nr. 40/78, eingebracht durch die Abgeordneten Dr. Anselmo Gouthier, Josef Stecher und Dr. Egmont Jenny, am 23.3.1978, betreffend Personalprobleme in öffentlichen Ämtern.
20. Ersetzung des verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes des Institutes für den geförderten Wohnbau Dr. Anton Lun.
21. Landesgesetzentwurf Nr. 269/78: "Fischerei".

Es gelangen einige Anfragen zur Behandlung:

Punkt 1 der Tagesordnung vom 7. März 1978: Anfrage Nr. 366/78, eingebracht am 19. Jänner 1978 von den Abg. Dr. Erich Achmüller und Rosa Franzelin-Werth, betreffend die Dringlichkeitsbesetzungen. Nach einer ganz kurzen Erläuterung durch Dr. Erich Achmüller, antwortet Landesrat Rubner ausführlich. Achmüller erklärt sich mit der Beantwortung nicht zufrieden.

Anfrage 373/78: eingebracht am 14. März 1978, durch den Abg. Willi Erschbaumer, betreffend die Vorlage eines neuen Skipistengesetzes. Der Präsident verliert die gewünschte schriftliche Beantwortung.

Dringende Anfrage Nr. 376/78: eingebracht am 13. April 1978 durch die

- 2 -

Abg. Dr. Erich Achmüller und Rosa Franzelin-Werth, betreffend den Bau von 16 Sozialwohnungen in der Bozner Alessandriastraße. Nach einer Erläuterung durch Achmüller antwortet Landesrat Benedikter. Achmüller nimmt nochmals dazu Stellung.

Punkt 3 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 239/77/bis: "Abänderungen zum Landesgesetz vom 20. August 1972, Nr. 15, in geltender Fassung, über die Wohnbaureform und Landesraumordnungsgesetz".

Landesrat Benedikter verliest den Bericht der Landesregierung, während der Abg. Ladurner-Parthanes jenen der dritten Kommission verliest.

In der Generaldebatte meldet sich zuerst der Abg. Stecher zu Wort. Er ist der Auffassung, daß die Landesregierung manchmal Gesetzentwürfe einbringt, die gegen die Rechtsordnung verstoßen und die mit Sicherheit rückverwiesen würden. Durch diese Einbringung wolle man der Bevölkerung weismachen, daß man alles getan habe, die Schuld einer Rückverweisung aber nicht bei der Landesregierung zu suchen sei. Dies ist auch mit diesem Gesetzentwurf geschehen. Seine Partei könne diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, weil sie eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung gegenüber jener Landesregierung habe. Unter anderem verletze dieser Gesetzentwurf die Gemeindeautonomie und trage einen politischen Zuschnitt, der nicht durchsichtig auf die politische Gesamtentwicklung ist. Der Entwurf trifft die sozial Schwächeren und gestaltet die Sachlage noch schwieriger, daher werde er gegen den Gesetzentwurf stimmen.

Der Abg. Mitolo gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die im Rückverweisungsschreiben der Regierung enthaltenen Beanstandungen im großen und ganzen die von der Opposition im Landtag vorgebrachten Meinungen widerspiegeln. Trotz der von der Landesregierung vorgenommenen Abänderungen am ursprünglichen Text könne der Gesetzentwurf nicht befriedigen. Er werde zwar nicht wie ursprünglich dagegen stimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Landesrat Pasquali drückt im Namen seiner Fraktion seine Bedenken über den Gesetzentwurf aus, da auch der neue Artikel 12 im Verhältnis zum früheren zweideutige Aussagen enthalte. Er bezeichnet die Einführung gewisser Rechtsprinzipien als sehr gefährlich.

Der Abg. Achmüller erklärt, warum er und die Abg. Franzelin-Werth sich bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes der Stimme enthalten hätten. Von zwei Vorbehalten sei mittlerweile einer entkräftet worden, ein zweiter Vorbehalt bestehe noch: zum Begriff "angemessener Preis" fehlten klare Richtlinien von Seiten der Landesregierung. Sollte Landesrat Benedikter in seiner Replik klare Aussagen machen können, so könnte der Arbeitnehmerflügel der SVP für den Gesetzentwurf stimmen.

Der Abg. Durnwalder gibt der Enttäuschung des Bauernbundes über die Rückverweisung des Gesetzentwurfes Ausdruck. Durch die Erhöhung des Koeffizienten habe das Land sich nur an die Richtlinien gehalten, die der Staat bereits im Jahre 1971 gesetzlich beschlossen hat. Der Markt- und Ertragswert sei in Südtirol nicht derselbe, weil zu große Nachfrage an Bauland bestehe. Auch könne man sich mit dem Wiederbeschaffungswert allein nicht zufrieden geben, es müßten sämtliche Nebenspesen gezahlt werden. Durnwalder empfiehlt der Realität entsprechende Grundschätzungen von Seiten des Landes vorzunehmen, denn 5.000 bis 6.000 Lire pro Quadratmeter seien zu wenig im Verhältnis zum Wiederbeschaffungswert von 25. bis 30.000 Lire.

Der Abg. Erschbaumer betont, daß die SPS bereits bei der ersten Verabschiedung des Gesetzentwurfes ihre Gegenargumente kundgetan hat. Auch die neue Fassung des Gesetzentwurfes sei nicht glücklich formuliert. Auch fehle ein Termin für die Erklärung der Berechtigung auf die Erhöhung durch die Koeffizienten. Er bezeichnet es als positiv, daß gewisse Landesgesetze durch eine Überprüfung ihrer Rechtmäßigkeit von Seiten der Zentralregierung nicht sofort in Kraft treten können. Er spricht sich für eine sofortige Auszahlung der Grundentschädigung aus, und lastet es der SVP an, daß sie in 30 Jahren nicht in der Lage war, hier Ordnung zu schaffen. Es sei unzulässig, daß die vom Lande mit einer Schätzung beauftragten Beamten politisch unter Druck gesetzt würden.

Die Abg. Franzelin-Werth nimmt auf die Stellungnahme des Abg. Durnwalder bezug. Sie betont, daß man mit dem Gesetz den sozialen Frieden schaffen möchte, was aber nicht gelingen werde, weil das Gesetz unterschiedliche Auslegungen zuläßt. Es sei auch nicht gelungen, eine echte Beschleunigung des Verfahrens zu gewährleisten.

Der Abg. Sfondrini bestätigt im Prinzip die bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes von Seiten seiner Partei gemachten Einwendungen. Kritisch setzt er sich mit dem gerechten Bodenpreis auseinander und betont, daß auch die neue Fassung des Gesetzentwurfes die Zustimmung seiner Partei nicht erhalten könne.

Der Abg. Jenny betont, daß man mit diesem Gesetzentwurfes alle Schichten zufriedenstellen wolle, ohne eine Entscheidung zu treffen. Das Eigentum stelle eine soziale Verpflichtung dar, während in unserem Lande der Marktpreis durch die restriktive Politik der Landesregierung künstlich hinaufgetrieben werde. Dem Gesetzentwurf fehle die soziale Zielrichtung, daher könne seine Partei nicht dafür stimmen.

Präsident Molignoni schließt sich den Bedenken des Landesrates Ing. Giorgio Pasquali an, und teilt dessen Auffassung.

Landesrat Benedikter nimmt nun sehr ausführlich zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.

Der Präsident teilt nun mit, daß er nur die Artikel 7 und 12 in ihrem vollen Wortlaut verlesen werde, über die restlichen Artikel werde, ohne sie zu verlesen nur abgestimmt.

Art. 1: 1 Enthaltung

Art. 2: 1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen

Art. 3, 4, 5 und 6: 4 Enthaltungen

Art. 7: ohne Wortmeldung mit 5 Enthaltungen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Art. 8 bis 11: 6 Enthaltungen

Art. 12: ohne Wortmeldung mit 6 Enthaltungen genehmigt.

Art. 13 und 14: 6 Enthaltungen

Art. 15: 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

Art. 16 bis 22: 6 Enthaltungen

Zur Stimmabgabe erklärt Abg. Dr. Egmont Jenny, daß der Gesetzentwurf nicht den Zielsetzungen entspreche, die man sich erwartet hat. Er wundert sich, daß die Arbeitnehmer in der SVP sich nicht gegen den Gesetzentwurf aussprechen.

Der Abg. Achmüller kündigt an, daß die Arbeitnehmer in der SVP für den Gesetzentwurf stimmen werden, da Landesrat Benedikter in seiner Replik gewisse Garantien gegeben hätte.

Abg. Erschbaumer kündigt seine Gegenstimme an, da seiner Meinung nach die Replik des Landesrates Benedikter widersprüchlich sei. Seine Partei erwarte sich ein klares grundsätzliches Gesetz.

In geheimer Abstimmung wird nun der Gesetzentwurf von 30 Abstimmenden mit 23 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 weißen Stimmzetteln genehmigt.

Ende der Sitzung 12.25 Uhr.

Der Präsident vertagt die Sitzung auf 19. April 1978 um 9.30 Uhr.

/fm

DIE SEKRETÄRE

- Rosa Franzelin-Werth *R. Franzelin*
- Toni Kiem *Toni Kiem*
- Avv. Anselmo Gouthier (entsch.)

DER PRÄSIDENT

- Prof. Decio Mognoni *Prof. Decio Mognoni*

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA  
GESETZGEBUNGSPERIODE / 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 177^ seduta tenuta a BOLZANO il giorno 18 aprile 1978  
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Mognoni  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Drunwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth  
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Avv. Anselmo Gouthier (giust.)  
Abwesende ABGEORDNETE: Rag. Valentino Pasqualin (ingiust.)  
Alfons Rigott (ingiust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione dell'ordine del giorno del 7 marzo, risp. del 13 marzo 1978.

La seduta inizia alle ore 9.50.

Dopo la lettura e l'approvazione dei processi verbali della 175<sup>a</sup> e 176<sup>a</sup> seduta dell'11 risp. del 12 aprile 1978, il Consiglio passa alla trattazione dei punti rimasti insospesi all'ordine del giorno del 7 marzo risp. del 13 marzo 1978, ai quali sono stati aggiunti i seguenti nuovi punti:

- 12) Disegno di legge provinciale n. 274/78: "Nuove autorizzazioni di spesa per l'anno finanziario 1978 ed anni successivi";
- 13) Disegno di legge provinciale n. 273/78: "Disposizioni transitorie in materia di protezione della selvaggina e disciplina della caccia";
- 14) Disegno di legge provinciale n. 260/78: "Disciplina della fecondazione artificiale degli animali";
- 15) Disegno di legge provinciale n. 262/78: "Istituzione di corsi di preparazione professionale per assistenti geriatrici e familiari";
- 16) Disegno di legge provinciale n. 265/78: "Concessione di contributi ai Comuni per l'installazione di posti telefonici pubblici o aperto al pubblico nelle frazioni o in località isolate";
- 17) Mozione n. 38/78, presentata dai consiglieri Dr. Luis Durnwalder, Maria Bertolini e Mathias Ladurner-Parthanes il giorno 13 marzo 1978 concernente le direttive CEE n. 159 concernente miglioramenti strutturali nel settore dell'agricoltura;
- 18) Mozione n. 39/78, presentata dai consiglieri Rosa Franzelin-Werth e Dr. Erich Achmüller, il giorno 15 marzo 1978, concernente le cooperative edilizie;
- 19) Mozione n. 40/78, presentata dai consiglieri Avv. Anselmo Gouthier, Josef Stecher e Dr. Egmont Jenny il giorno 23 marzo 1978, concernente la situazione del pubblico impiego;
- 20) Sostituzione del defunto membro del collegio dei sindaci dell'istituto per l'edilizia abitativa agevolata, Dr. Anton LUN;
- 21) Disegno di legge provinciale n. 269/78: "Pesca".

Punto 1) all'ordine del giorno del 7 marzo - Interrogazioni ed interpellanze.

Interrogazione n. 366/78, presentata il 19 gennaio 1978 dai consiglieri dott. Erich Achmüller e Rosa Franzelin-Werth, concernente le occupazioni d'urgenza. Dopo una breve illustrazione del primo firmatario e l'esauriente risposta dell'Assessore Rubner, il consigliere Achmüller si dichiara insoddisfatto della medesima.

Interrogazione n. 373/78, presentata il 14 marzo 1978 dal consigliere Willi Erschbaumer, concernente la presentazione di una nuova legge sulle piste da sci.

Il Presidente dá lettura della risposta scritta.

Interrogazione urgente n. 376/78, presentata il 13 aprile 1978 dai consiglieri Erich Achmüller e Rosa Franzelin-Werth, concernente la costruzione di 16 alloggi sociali in via Alessandria a Bolzano.

Dopo l'illustrazione del consigliere Achmüller e la risposta dell'Assessore Benedikter, il primo firmatario prende ancora brevemente posizione sulla problematica in oggetto.

Punto 3) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 293/77/bis: "Modifiche alla legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche sulla riforma della edilizia abitativa ed all'ordinamento urbanistico provinciale".

L'Assessore Benedikter dá lettura della relazione della Giunta e il consigliere Ladurner-Parthanes di quella della terza Commissione legislativa.

Aperta la discussione generale, prende per primo la parola il consigliere Stecher. A suo avviso la Giunta presenta talvolta disegni di legge che violano il vigente ordinamento giuridico e malgrado si sappia a priori che i medesimi verranno respinti dal Governo centrale. Presentando per la seconda volta questo provvedimento si vuole dimostrare alla popolazione di aver fatto tutto quanto era possibile e che la reiezione da parte del Governo non può essere attribuita ad errori della Giunta. Il consigliere Stecher dichiara che il suo partito non può dare il proprio assenso a questo disegno di legge, dato che i suoi punti di vista sono sostanzialmente diversi da quelli della Giunta provinciale. Egli fa tra l'altro rilevare che questo disegno di legge viola l'autonomia dei comuni ed è politicamente tagliato su misura, per cui non sono prevedibili le sue ripercussioni sullo sviluppo politico generale. Dopo avere ribadito che questo provvedimento colpisce i ceti socialmente più deboli e rende ancora più complessa l'intera materia, il consigliere Stecher preannuncia il suo voto contrario.



Nel prendere la parola, il consigliere Mitolo esprime la propria soddisfazione per il fatto che le obiezioni espresse dal Governo rispecchino a grandi linee il parere espresso dal l'opposizione in seno al Consiglio. Dopo avere osservato che le modifiche apportate al testo originario non sono tali da poter considerare soddisfacente il provvedimento in esame egli comunica che in questa occasione non voterá contro ma si asterrá dal voto.

A nome del suo partito l'Assessore Pasquali esprime le proprie riserve sul disegno di legge in oggetto, facendo presente che anche il nuovo testo dell'art 12 consente diverse possibilità di interpretazione. Al riguardo egli definisce molto pericolosa l'introduzione di determinati principi giuridici.

Il consigliere Achmüller illustra i motivi per i quali lui e il consigliere Franzelin-Werth si sono astenuti dal voto in sede di prima trattazione di questo disegno di legge. Dopo aver osservato che una delle due riserve é già stata dissipata, egli si sofferma sulla seconda che riguarda piú precisamente il concetto di "equo prezzo", per il quale la Giunta non ha fornito dei chiari criteri. Il consigliere Achmüller dichiara che, qual ora l'Assessore Benedikter fornisse nella sua replica chiare de lucidazioni in merito, i rappresentanti dei lavoratori in seno all'SVP potrebbero votare a favore del provvedimento.

Il consigliere Durnwalder esprime la delusione del Bauernbund per il rigetto di questo disegno di legge. Egli tiene a precisare che con l'aumento del coefficiente la Provincia si é semplicemente attenuta ai criteri stabiliti per legge dallo Stato già nel 1971. Egli osserva inoltre che in Alto Adige il valore di mercato e il valore del reddito potenziale sono diversi, sussistendo un'eccessiva domanda di terreno edificabile. A suo avviso non può neppure essere considerato soddisfacente il valore di riacquisto senza calcolare tutte le spese collate rali. Il consigliere Durnwalder conclude sollecitamente la Giunta ad effettura stime che corrispondano a valori reali, sottolineando che 5.000 o 6.000 lire al m<sup>2</sup> é un prezzo troppo esiguo rispetto al prezzo di riacquisto che oscilla fra 25 - 30 mila lire al m<sup>2</sup>.

Nel prendere la parola, il consigliere Erschbaumer sottolinea che l'SPS ha già esposto le proprie argomentazioni contro il disegno di legge in oggetto in sede di prima trattazione. Egli osserva che neppure il nuovo testo del medesimo é stato

formulato in modo felice e che non é stato stabilito un termine per la presentazione di una legge organica. Egli ritiene inoltre positivo il fatto che determinati leggi provinciali non possano entrare immediatamente in vigore, in quanto soggette all'esame da parte del Governo centrale. Il consigliere Erschbaumer, dopo aver auspicato che gli indennizzi per i terreni vengano corrisposti tempestivamente egli accusa l'SVP di non essere riuscita in 30 anni a creare ordine in questo settore. A suo avviso é inammissibile che funzionari addetti alle stime siano esposti a pressioni politiche.

Il consigliere Franzelin-Werth nel prendere posizione su quanto sostenuto dal consigliere Durnwalder, sottolinea che con questa legge si intendeva raggiungere la pace sociale, ma che questo obiettivo é stato mancato. La signora Franzelin sottolinea inoltre come non si sia neppure riusciti ad introdurre un vero e proprio snellimento delle procedure.

Il consigliere Sfondini ribadisce le obiezioni mosse dal suo partito in sede di prima trattazione del provvedimento. Dopo aver criticato la non precisa definizione di "giusto prezzo di terreno", egli sottolinea che il suo partito non può dare il proprio assenso neppure al provvedimento in esame.

Il consigliere Jenny dichiara che con questo disegno di legge si voleva accontentare un po' tutti senza prendere una decisione. A suo avviso la proprietá é un impegno sociale, ma nella nostra provincia il prezzo di mercato viene artificiosamente ad aumentare a causa della politica restrittiva della Giunta provinciale. Dopo aver osservato che questo disegno di legge non ha finalitá di carattere sociale, egli ribadisce il voto contrario del suo partito.

Il Presidente Molignoni si associa pienamente alle riserve ed ai punti di vista espressi dall'Assessore Pasquali.

Dopo la circostanziata replica dell'Assessore Benedikter, il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 2 astensioni.

Il Presidente comunica che dará lettura solo degli articoli 7 e 12 e si limiterá a porre solo in votazione gli articoli rimasti invariati.

Art. 1: approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 2: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 2 astensioni.

Artt. 3, 4, 5 e 6: approvati a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 7: approvato senza discussione a maggioranza con 1 voto contrario e 5 astensioni.

Gli artt. dall'8 all'11 compreso vengono approvati a maggioranza con 6 astensioni.

Art. 12: approvato senza discussione a maggioranza con 6 astensioni.

Artt. 13 e 14: approvati a maggioranza con 6 astensioni.

Art. 15: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 4 astensioni.

Gli artt. dal 16 al 22 compreso vengono approvati a maggioranza con 6 astensioni.

In sede di dichiarazione di voto il consigliere Jenny sottolinea che le finalità di questo disegno di legge non corrispondono alle aspettative in esso risposte e si dichiara stupito del fatto che i rappresentanti dei lavoratori in seno all'SVP non siano contrari al provvedimento.

Il consigliere Achmüller comunica che i rappresentanti dei lavoratori dell'SVP daranno il proprio assenso a questo disegno di legge, dato che nella sua replica l'Assessore Benedikter ha dato determinate garanzie.

Il consigliere Erschbaumer preannuncia il suo voto contrario, de finisce contraddittoria la replica dell'Assessore Benedikter e dichia ra che il suo partito conta sull'emanazione di una legge organica e chiara.

In sede di votazione segreta il disegno di legge viene approvato con 23 voti favorevoli, 5 voti contrari e 2 schede bianche su 30 votanti.

Il Presidente aggiorna la seduta a mercoledì, 19 aprile 1978, ad ore 9.30.

La seduta termina alle ore 12.25.

/tm

I SEGRETARI

- Rosa Franzelin-Werth *R. Franzelin*
- Toni Kiem *Toni Kiem*
- Avv. Anselmo Gouthier (giust.)

IL PRESIDENTE

- Prof. Decio Mognoni *Decio Mognoni*